

Schweizerische Gesandtschaft

in
Berlin.

Berlin, den 13. Dezember 1918.

VIII/S.

Herr Bundespräsident,

Abgesehen von Aufständen und Unruhen allgemeiner Natur, die täglich ausbrechen können, fürchten die Juden aller Stände Pogrome. Dies wurde mir heute wiederum bestätigt und zwar von einer Schweizerin, welche in der hiesigen sogenannten "Zigeunermission" tätig ist. Diese Dame, welche infolge ihres Berufes in den ärmsten Quartieren Berlins verkehrt, erzählte mir, es seien in der letzten Zeit aus Furcht vor Judenpogromen zahlreiche jüdische Familien der ärmeren Klasse von Berlin weggezogen.

Herr Dr. von Claparède meldet mir:

Von gut unterrichteter Seite erfahre ich, dass die Spartakusleute besondere Propagandakommissionen gebildet haben, die sich speziell die Infiltration der anderen speziell der im Weltkriege neutral gebliebenen Länder zur Aufgabe gesetzt haben. Ihr besonderes Augenmerk haben sie auf die Schweiz und auf Schweden gerichtet. In letzterem Lande, sollen, wie mir mein Gewährsmann berichtet, die umstürzlerischen Ideen bereits solchen Boden gewonnen haben, dass sich dasselbe nur mit äusserster Anstrengung der

Herrn Bundespräsident Calonder,

Chef des Politischen Departementes,

B e r n .

BAr

249



nach Umwälzung strebenden Kräfte wird erwehren können. Aus der gleichen Quelle vernehme ich, dass vielfach bolschewistische Propagandaleute ein neues Verfahren eingeschlagen haben, um in die Schweiz zu gelangen, nämlich, indem sie sich von Skandinavien, namentlich Schweden aus zum Teil unter Benutzung falscher Pässe in Frankreich einzuschmuggeln versuchen, um dann von dort aus in die Schweiz zu gelangen.

Von der jetzigen Regierung Ebert-Haase meinte der gleiche Gewährsmann, sie habe durchaus eingesehen, dass das Land - gewisse zur Erhaltung der revolutionär-sozialistischen Errungenschaften erforderlichen Cautelen vorausgesetzt - nur auf breiter demokratischer Basisregierung werden könne; sie fürchte sich aber aus taktischen Gründen, dieser ihrer Anschauung Ausdruck zu geben, da sie sonst fürchten müsse, von den Arbeiter- und Soldatenräten als Helferin der bürgerlich-reaktionären Volkskreise blossgestellt und gestürzt zu werden. Ueberhaupt sei das Bedauerliche an der gegenwärtigen Lage, dass die Regierung ganz und gar von den Launen der Arbeiter- und Soldatenräte abhängt, sodass ihr jedes feste Zugreifen unmöglich gemacht werde, wenn sie ihre zur Zeit gesicherte Existenz nicht gefährden wolle.

Herr Dr. Zetter meldet mir:

Die im Nachtrage zum gestrigen Bericht angekündigte Einberufung des Reichstages durch den Reichstagspräsidenten Fehrenbach ist, wie die heutigen Morgenblätter melden, noch gestern abend in der Form einer von Fehrenbach an die Reichstagsabgeordneten versandten Bekanntmachung erfolgt. (siehe Beilage 1)

Darin behält sich Fehrenbach die Bestimmung von Ort und Zeit der Tagung vor. Von gut unterrichteter Seite versichert man

mirindessen, dass Fehrenbach den Reichstag nach Berlin einberufen wolle, wenn der Versammlung der entsprechende militärische Schutz gewährleistet sei.

Gleichzeitig mit der erwähnten Bekanntmachung wurde in den Morgenblättern die ablehnende Antwort des Rats der Volksbeauftragten, dem die Bekanntmachung ebenfalls zugegangen war, veröffentlicht. (siehe Beilage 1)

Der Schritt Fehrenbachs wird hier verschieden beurteilt.

Während die Einen in diesem Schritte nur ein Manöver in dem Sinne erblicken wollen, um einen Druck für eine schnellere Einberufung der Nationalversammlung auszuüben, glauben die Anderen, dass es Fehrenbach mit seinem Vorgehen ernst gemeint sei und vermuten darin eine Aktion Erzberger's, weil dieser mit Fehrenbach zu derselben Zentrumsgruppe gehöre. Sie glauben demnach an einen Vorstoss des Zentrums. In diesem Glauben werden sie dadurch bestärkt, dass sich die zur Demokratisch-Republikanischen Partei vereinigten bürgerlichen Parteien heute abend im Verein mit dem Zentrum hinter Fehrenbach gestellt haben.

14. Dezember 1918

Die politische Lage wird immer verworrener. Zum Grossteil trägt daran die Ungewissheit schuld, ob die Entente mit ihren Truppen Deutschland besetzen will, oder ob sie ihre Truppen nur unter gewissen Voraussetzungen und unter welchen einmarschieren lassen wird. Diese Ungewissheit dürfte auch eine Erklärung dafür abgeben, dass die oberwähnte Bekanntmachung Fehrenbachs bisher so ruhig hingenommen wurde. Durch die Verhältnisse gezwungen, ist nun auch die Regierung Ebert-Haase für eine frühere Einberufung der Nationalversammlung. Inzwischen versucht sie aber noch, sich dadurch eine rechtliche Grundlage zu geben, dass sie eine Anerkennung

durch die am 16. Dezember hier zusammentretenden Delegationen der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands anstrebt.

Obschon die Regierung durch die nun in Berlin eingetroffenen Gardetruppen anscheinend gegen Spartakus geschützt wird, kann sie sich bis zur Zeit doch nicht zu einer offenen Stellungnahme entschliessen. So z. B. verweigerte Ebert einerseits seine Zustimmung zu den von der Garde und den bürgerlichen Parteien gefordert~~er~~ Entwaffnung aller nicht autorisierten Waffenträger (Spartakus; Deserteure) andererseits lehnte er das Verlangen des Vollzugsrates, dass wie die anderen Truppen so auch die Gardetruppen ihre Waffen deponieren sollten, ab.-Die von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division (evtl. sogar im geheimen Einverständnis der Ordnungspartei der Regierung?) abgegebene und in der Presse veröffentlichte Erklärung hat folgenden Wortlaut:

"Wir haben der Regierung Treue gebot und sind willens, unser Gelöbnis zu halten. Die Regierung fordert Ordnung und Ruhe: wir wollen ihr in Treue helfen, dass diese Forderung auch durchgesetzt werde.

Eine kleine Schaar Unruhestifter treibt in Berlin ihr Wesen; unser schwerkgeprüftes Volk wird durch sie mit der Gefahr eines Bürgerkrieges und des Einmarsches der Feinde bedroht. Sie haben Waffen und werden sich nicht scheuen, davon Gebrauch zu machen da sie auf jede Weise ihre Gewaltherrschaft dem deutschen Volke aufzwingen wollen.

Wir wollen unsere Mitbürger vor diesen Bedrückten beschützen. Nicht deshalb haben wir mit unserem Leben die Heimat gegen die Zerstörungen des Feindes verteidigt, damit ein Feind aus der Mitte unseres Volkes sein Zerstörungswerk vollbringen darf.

Wir fordern von der Regierung Treue gegen Treue; wir fordern von ihr nicht nur den Willen zur Ordnung, sondern auch die Kraft, diesen Willen durchzusetzen. Wir fordern Schutz von ihr,

wie wir bereit sind, sie zu schützen.

Wir richten deshalb an die Regierung das Ersuchen, alle diejenigen zu entwaffnen, welche sich unrechtmässig in Waffenbesitz gesetzt haben; wir fordern, uns zum Zwecke der Durchführung dieser Anordnung zum Sicherheitsdienst in Berlin heranzuziehen.

Uns treibt lediglich die Liebe zum Vaterlande; wir sind Anhänger der Regierung und Feinde jeder Gegenrevolution. "

Anzeichen für die andauernde Gährung sind die überall auftretenden Streiks, so die Streiks in den Zeitungsdruckereien, in den Warenhäusern usw. Ich möchte noch ganz besonders auf die ernste Wendung, welche der Kohlenstreik im Ruhrgebiet genommen hat, aufmerksam machen. Dort versuchen die Arbeiter ihre Forderungen durch die Drohung mit der Zerstörung der Zechenanlagen zu erschwingen (siehe Beilage 2). Ferner möchte ich nicht unterlassen zu melden, dass in der hiesigen Waffenfabrik von Loewe ein Teil der Arbeiter sich vorgestern der Waffenvorräte bemächtigt und die Waffen unter die Spartakusleute verteilt haben soll.

Betreffend die Ernährungsfrage teilt mir ein Gewährsmann angeblich auf Grund persönlicher Mitteilungen des Unterstaatssekretärs von Braun im Reichs ernährungsamt folgendes mit:

Die Getreidevorräte Deutschlands reichten aus bis in die letzten Dezembertage. - längstens bis zum 27. Dezember 18.

Die Verpflegungspflicht der Besatzungstruppen würde diese Frist noch verringern. Eine weitere Minderung der Vorräte erfolge durch die masslose Wirtschaft der lokalen Instanzen der Arbeiter- und Soldatenräte.

Die präsumtive Einfuhr unter Berücksichtigung der

technisch-äussersten Möglichkeit für Dezember 1918 betrage täglich 30 - 35 000 Tonnen, was einer Gesamtsumme von rund nur 1 Million Tonnen für Dezember gleich einem Drittel des Gesamtmonatsbedarfs ausmache. Die Einfuhr von 1 Million reiche also für 10 Tage, infolgedessen werde der Schlusstermin für eine geordnete Ernährungsmöglichkeit der 7. Januar 1919 sein (von anderer Seite der 7. Februar, wie bereits früher mitgeteilt).

Die Fettvorräte seien durch Verteilung der Hamburger Tran- und Margarinelager durch den dortigen Arbeiter- und Soldatenrat verbraucht; ebenso sämtliche Gemüsevorräte durch gleiches Vorgehen der Arbeiter- und Soldatenräte in Braunschweig, ebenso auch die Marmeladevorräte.

Verfügbare Kartoffelvorräte seien nicht mehr vorhanden, da infolge Arbeitermangel grosse Teile der Ernte noch im Boden seien.

Braun meine, Hilfe könnte nur dadurch gebracht werden, dass die Nachbarländer unter militärischen Schutz gestellte Lebensmittelzüge bis an die Bestimmungsorte führten.

Er fügte noch bei, die Schweiz könnte jetzt noch, d. h. bevor die Entente ihre aufgestapelten Bestände freigibt und die Grenzen öffnet, kondensierte Milch, Käse, Butter, Eier und auch Textilwareⁿ zu den höchsten Preisen in Deutschland absetzen. Holland nütze bereits die Situation in diesem Sinne aus.

Bolschewistische Propaganda in der Schweiz.

Mit Bezug auf diesen Gegenstand verweise ich in erster Linie auf das unter Datum 13. Dezember vorstehend Geschriebene. Vom Konsulat Hamburg habe ich nachfolgendes Schreiben erhalten:

" Aus zuverlässiger Quelle vernehme ich, dass Reisende aus Deutschland nach der Schweiz und zwar entlassene Mili-

tär- sowohl als Zivilpersonen und Kriegsgefangene, die über die Schweiz heimbefördert werden, in ihren Kleidungsstücken bolschewistische Propagandaschriften versteckt halten.- Vielfach soll dies zutreffen bei den jetzt in Singen zur Kontrolle sich aufhaltenden Militärpersonen. Es handelt sich aber auch um solche, die auf anderen Wegen über die Grenze zu kommen suchen, sei es an den offiziellen Passkontroll- oder sonstigen Uebergangsstellen.

Ausser Propagandaschriften führen Betreffende auch Instruktionen bei sich, nach welcher Richtung hin sie die bolschewistischen Gedanken in der Schweiz verbreiten sollen, nicht nur unter der Schweizer Bevölkerung, sondern besonders bei in der Schweiz internierten Kriegsgefangenen sämtlicher Kriegführenden Mächte.- Die schriftlichen Instruktionen werden hauptsächlich in den Kopfbedeckungen verborgen gehalten, in Aermelaufschlägen, auch eingenaht in den Rücken, Mäntel, Westen usw.

Am verbreitetsten scheinen diese Machenschaften in nachfolgenden Städten gefördert zu sein und sollte daher auf Reisende aus diesen Otschaften besonders Obacht gegeben werden: Neukölln bei Berlin, Kiel, (das abhängig sein soll von Neukölln) Hamburg und Wilhelmshafen. -

Es dürfte sich daher empfehlen, bei der Einreise in die Schweiz an der Grenze von seiten der Grenzpolizei und den Zollbehörden eine ganz scharfe Kontrolle ausführen zu lassen. Auch scheint Eile Not zu tun. "

Angesichts der in Deutschland und Russland gemachten Erfahrungen scheint eine systematisch-organisierte Abwehr der bolschewistischen Propaganda unbedingt erforderlich^{zu} sein. Ausser den telegraphisch und schriftlich gemeldeten Kategorien von Propagandaleuten können der Schweiz natürlich auch Schweizer gefährlich werden. Diese Gefahr ist nicht zu unterschätzen, da die

Schweizerbürger das Schweizergebiet auch ohne Einreisevisum betreten können und demomentan sehr viele Schweizer aus aller Herren Länder in die Schweiz zurückströmen. Ferner dürfte die Verwendung gefälschter Schweizer-Pässe auch nicht ausgeschlossen sein.

Es dürfte sich daher wohl empfehlen, eine besondere Stelle (z. B. einen sehr gewandten, juristisch-kriminalistisch erfahrenen Generalstabsoffizier mit Gehilfen) mit der ausschliesslichen Beobachtung und Bekämpfung der bolschewistischen Propaganda zu betrauen. An allen schweizerischen Grenzpassierstellen aller uns umgebenden Staaten sollte meines Erachtens unverzüglich die Leibes- und Gepäckvisitation nach dem gleichen System eingeführt werden, wie sie bis anhin die Kriegführenden zur Verhinderung der Spionage durch geführt haben. Die nötige Personal-Organisation und die nötigen baulichen Einrichtungen (einzelne Untersuchungszellen für Frauen und für Männer, weibliches und männliches Untersuchungspersonal etc) könnten beispielsweise in Lindau oder Friedrichshafen angesehen und kopiert werden.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte:

S. Mercier